

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 10/57. Jahrgang

Oktober 2026

Schutzgebühr: 0,40 €

Kugelberg: 14 Mieter bangen um ihre Wohnungen

Am Kugelberg stehen drei Häuser der Wohnbau Gießen zum Verkauf. Betroffen sind 14 Mieterinnen und Mieter, einige leben dort seit Jahrzehnten. Das Bieterverfahren läuft bereits. Bis zum 31. Oktober 2026 können Angebote abgegeben werden.

Die Wohnbau begründet den geplanten Verkauf mit hohem Sanierungs- und Instandhaltungsbedarf. Eine wirtschaftlich tragfähige Modernisierung sei angeblich „nicht vertretbar“. Für die Bewohner geht es dagegen um ihr Zuhause und die Frage, wie sicher ihre Wohnungen langfristig sind.

Aus diesem Grund hat das Wahlbündnis *Gießen – sozial und friedentüchtig* (GSF) für die letzte Stadtverordnetenversammlung einen Dringlichkeitsantrag gestellt. Darin sollte erreicht werden, dass der geplante Verkauf nicht einfach vollzogen wird, bevor die möglichen



Alternativen transparent geprüft wurden. Im Mittelpunkt stehen dabei die tatsächlichen Kosten einer Sanierung, mögliche Fördermittel und Finanzierungswege sowie die Frage, ob die drei Häuser im kommunalen Eigentum gehalten werden können. Die Interessen und die Beteiligung der betroffenen Mieter müssen berücksichtigt werden.

Die Stadt Gießen ist alleinige Gesellschafterin der Wohnbau. Die Stadtverordnetenversammlung kann der Wohnbau als GmbH zwar keinen privatrechtlichen Verkaufsbeschluss unmittelbar untersagen,

sie kann jedoch den Magistrat auffordern, als Vertreter der Stadt in ihrer Eigenschaft als Gesellschafterin auf eine entsprechende Prüfung hinzuwirken.

Die Zeit drängt. Wird das Bieterverfahren abgeschlossen, bevor die offenen Fragen geklärt sind, könnten Fakten

geschaffen werden. Die DKP Gießen unterstützt deshalb die Forderung nach Transparenz und einer Prüfung aller Möglichkeiten zum Erhalt der Wohnungen. Für die 14 Menschen am Kugelberg geht es nicht um einen beliebigen Immobilienverkauf, sondern um ihr Zuhause.

Kein Verkauf, bevor nicht transparent geprüft wurde, ob die Häuser im kommunalen Eigentum erhalten werden können.

Martina Lennartz

**Ergebnis der StVV am 24.9.
auf Seite 2**

Sachsen-Anhalt: Wahlergebnis als Ausdruck einer tiefen sozialen Krise

Die AfD wurde mit 43,8% erstmals stärkste Kraft bei einer Landtagswahl und erhält 39 der 83 Sitze.

Die AfD steht für eine reaktionäre, nationalistische und rassistische Politik. Insbesondere Migrantinnen, Migranten und Geflüchtete präsentiert sie als vorgebliche Ursache für die soziale Schieflage und gesellschaftliche Konflikte. Zugleich greift

sie reale Sorgen und Erfahrungen vieler Menschen auf und verbindet diese mit ihrer politischen Agenda. Der Wahlausgang ist für uns kein Anlass, den Wählerinnen und Wählern Vorwürfe zu machen.

Die zunehmende soziale Unsicherheit und Verarmung schaffen dabei einen politischen Nährboden.

Fortsetzung auf S. 2

Rechenzentrum Gießen	S. 2
Hausbesetzung / Verkaufsoffener Sonntag / THM	S. 3
Uniklinikum / Kindeswohl und Haushaltslage	S. 4
Einstein / Berufsverbote	S. 5
Europa ändert sich nicht / Chemische Kriegswaffen	S. 6
Blockade gegen Kuba / Krieg gegen Iran	S. 7

Für Frieden und Sozialismus!



Ergebnis der StVV am 24.9.

Der Dringlichkeitsantrag zum Erhalt der drei Häuser am Kugelberg wurde von der Mehrheit abgelehnt. Verhindert werden sollte damit nicht etwa ein Verkauf per Stadtverordnetenbeschluss, sondern zunächst eine transparente Prüfung, ob ein Erhalt der Wohnungen im kommunalen Eigentum möglich ist.

Statt diese Prüfung einzufordern, verwies die Mehrheit auf die Zuständigkeit von Geschäftsführung und Aufsichtsrat der Wohnbau.

Für die 14 Mieterinnen und Mieter heißt das: Der Verkauf kann weiterlaufen – offene Fragen bleiben ungeklärt.

Treffen mit den Mietern



Treffen von Vertretern der Partei *Die Linke* und Martina Lennartz (GSF) mit betroffenen Mietern und dem Sprecher des Mietervereins Gießen, Stefan Kaisers, am 18.9., um das weitere Vorgehen abzustimmen.

Die Stellungnahme des Mietervereins Gießen vom 17.9. mit dem Titel "Umgang der Wohnbau mit Mietern ist kritikwürdig" ist auf dessen Homepage zu finden:

www.mieterverein-giessen.de/aktuelles/pressemeldungen-1-1

Fortsetzung von Seite 1:

Sachsen-Anhalt: Wahlergebnis als Ausdruck einer tiefen sozialen Krise

Wer unter steigenden Kosten, unsicheren Arbeitsverhältnissen und dem Abbau sozialer Leistungen leidet, sucht nach Antworten. Werden die zugrunde liegenden Eigentums- und Machtverhältnisse nicht zum Gegenstand der Auseinandersetzung, können soziale Konflikte auf andere gesellschaftliche Gruppen gelenkt werden.

Das Ergebnis zeigt die Krise der bisherigen Parteienlandschaft. Be-

sonders deutlich wird dies am Absturz der CDU von 37,1 auf 17,2%.

Die sogenannte Brandmauer zwischen diesen bürgerlichen Parteien war ohnehin eine Farce, ihre Politik war und ist im Kern dieselbe. Entscheidend bleibt deshalb die Auseinandersetzung um die sozialen Ursachen, die hinter diesem Wahlergebnis stehen.

Martina Lennartz

Der Unfug der bürgerlichen Wahlen

Erich Mühsam – ebenso wie Kurt Tucholsky und Emma Goldman – wird der Satz zugeschrieben: „**Wenn Wahlen etwas ändern würden, wären sie verboten.**“ Unabhängig davon, wem das Zitat tatsächlich zuzuschreiben ist, verweist es auf eine grundlegende Kritik am bürgerlichen Parlamentarismus. Diese Kritik bezog sich nicht nur auf die Verhältnisse der Weimarer Republik. Auch in der Bundesrepublik zeigt sich, dass Wahlen zwar Regierungen und politische Mehrheiten ver-

ändern können, die grundlegenden gesellschaftlichen Eigentums- und Machtverhältnisse jedoch weitgehend unangetastet bleiben.

Die Wahlerfolge der AfD bringen viele „lupenreine Demokraten“ vielleicht zu entsprechenden Überlegungen. Wobei sie sich vorerst mit einem Verbot der AfD begnügen könnten.

Die sprudelnden Profite der Superreichen, wie Peter Thiel, Elon Musk, Dieter Schwarz, Klaus-Michael Kühne (gest. 23.8.26), Stefan

Quandt, Susanne Klatten, usw. bescheren uns steigende Preise, Armut und Krieg.

Es ist an der Zeit, dass wir Millionen aufstehen und den Kapitalismus zum Teufel jagen. Wir würden nicht nur unsere Volkssouveränität zurückgewinnen, sondern der Spuk mit der AfD hätte sich mit dem Kapitalismus zusammen erledigt.

Wir müssten nur wieder anfangen, selbst zu denken, selbst zu handeln und selbst zu kämpfen!

H.M.

Rechenzentrum: Streit um Gießens Großprojekt geht weiter

Das geplante Rechenzentrum im Gießener Katzenfeld ist einen entscheidenden Schritt weiter: Ende August beschloss die Stadtverordnetenversammlung den Bebauungsplan und schuf damit das Baurecht für das Großprojekt. Auf rund 17 Hektar soll ein Rechenzentrum mit einer Anschlussleistung von 65 Megawatt entstehen. Der rechnerische Strombedarf bei voller Auslastung würde damit deutlich über dem heutigen Stromverbrauch der gesamten Stadt Gießen liegen.

Nun suchen die Projektentwickler gemeinsam mit der Stadt nach einem Betreiber und Investor. Vorgesehen sind unter anderem die

Nutzung von Abwärme, begrünte Fassaden und Photovoltaik. Gleichzeitig formiert sich weiter Wider-



Treffen von Stadtverordneten mit engagierten Menschen am 13.9. auf dem Gelände des zukünftigen Rechenzentrums.

stand. Kritiker sehen zentrale Fragen zu Stromverbrauch, Wasser, Abwärme, Verkehr und den langfristigen Folgen für die Stadt weiterhin nicht ausreichend geklärt.

Auch am geplanten Standort trafen sich inzwischen Menschen, die sich gegen das Projekt engagieren, zum Austausch über das weitere Vorgehen. An der Diskussion nahm auch Martina Lennartz als GSF-Stadtverordnete teil.

Der politische Beschluss ist damit gefallen – die Auseinandersetzung über die Folgen des Projekts für Gießen geht jedoch weiter.

Martina Lennartz

Hausbesetzung: Uni-Vorstand will Strafverfolgung

Seit der Hausbesetzung in der Hein-Heckroth-Straße weiß ganz Gießen, wie unverantwortlich die Universität mit nicht mehr benötigten Immobilien umgeht. 19 Gebäude stehen leer, zum Teil schon seit fast 20 Jahren. Dass diese Tatsache nach der Besetzung allgemein bekannt wurde, können die Präsidentin und der Vorstand der Uni den Besetzern nicht verzeihen. Sie bestehen auf Strafverfolgung wegen „Hausfrie-

densbruch“. Welcher Frieden kann in einem Haus gebrochen werden, das seit Jahren menschenleer vor sich hin altert? Höchstens ein paar Mäuse, Spinnen und Insekten, die sich an die Abwesenheit von Menschen gewöhnt hatten, wurden aufgeschreckt. Die Aktivisten sollten nicht bestraft, sondern dafür belohnt werden, dass sie auf den Missstand aufmerksam gemacht haben.

Gernot Linhart



Das im Juli besetzte Haus in der Hein-Heckroth-Str. 3

Gehts noch? Stadt Gießen will am Sonntag, 27.12.2026 die Läden öffnen!

Während eines Gesprächs zwischen OB Becher und H. Höllscheidt von der Marketing GmbH und Vertretern der Allianz für den freien Sonntag wurde mitgeteilt, dass zur Kompensation angeblich ausgefallener Umsätze anlässlich der Gründung der AfD-Jugendorganisation Ende November 2025 ein dritter verkaufsoffener Sonntag am 27.12. stattfinden soll. Jetzt ist es amtlich!

Auch die Angestellten im Einzelhandel haben ein Recht auf ein langes Weihnachtswochenende in diesem Jahr. Gerade die Vorweihnachtszeit ist für viele Beschäftigte mit extremen Belastungen verbunden. Die Ausdünnung des Personals verschärft die Situation weiter.

Die Sonntagsarbeit am Tag nach Weihnachten führt zu weiterer sozialer Ungerechtigkeit und trägt zur gesellschaftlichen Erschöpfung bei. Es ist nicht einmal ersichtlich, dass dieser Arbeitssonntag die Situation des Einzelhandels verbessern wird. Verkaufsoffene Sonntage führen in der Regel lediglich zu Umsatzverschiebungen und nicht zu Mehrumsatz. Die Einkaufsgelegenheiten vom 28. bis 31.12. sind völlig ausreichend. Nach dem Hessischen Manteltarifvertrag sind an Sonn- und Feiertagen 120%-Zuschlag zu zahlen – aber wer wird in der Innenstadt schon nach Tarif bezahlt?

Durch die Öffnung am 27.12. wird die Praxis in Gießen von zwei ver-

kaufsoffenen Sonntagen im Jahr ohne Not aufgekündigt. Dieser „Gießener Weg“ hatte in den letzten Jahren breite Akzeptanz gefunden. Das Hessische Ladenöffnungsgesetz regelt, dass „aus Anlass von Märkten, Messen, örtlichen Festen und ähnlichen Veranstaltungen“, also besonderen Anlässen, Läden und Geschäfte geöffnet werden können. Dass dieser Anlass der Weihnachtsmarkt ist, der ohnehin seit dem 23. November stattfindet, kann kaum überzeugen und unterläuft die sinnvolle Idee des Hessischen Ladenöffnungsgesetzes.

Helmut Appel

THM: Grüne Fassade, versiegelter Boden

An der Technischen Hochschule Mittelhessen (THM) wurde eines der achtstöckigen Gebäude aufwendig energetisch saniert. Eine Fassade und ein Teil des Daches wurden

begrünt, insgesamt 352m². Die grüne Wand sieht schön aus, wie sie einen Sturm oder kalten Winter übersteht, bleibt abzuwarten. Ein größerer ökologischer Effekt hätte erzielt werden können, wenn die Flächen zwischen den Neubauten nicht mit Beton versiegelt wurden wären. Sowohl bei den Gebäuden zwischen der Wieseck und der Eichgärtenallee als auch an der Ecke Gutfleischstraße/Ringallee gibt es kaum Grünflächen oder Beete. Auf den wenigen unversiegelten Flächen sieht man vorwiegend kurz geschnittenen Rasen. Vom Konzept der „Schwammstadt“, in der Regenwasser schnell komplett versickern kann, haben die Planer wohl noch nie etwas gehört.

Gernot Linhart



Fotos vom THM-Gebäude Wiesenstraße 14.

Uniklinikum: Rhön AG will noch mehr Geld vom Land

2023 haben die Rhön Kliniken AG, Betreiberin des Uniklinikums Gießen/Marburg (UKGM), und die Landesregierung einen sogenannten Zukunftsvertrag abgeschlossen. Darin wurde vereinbart, dass in das UKGM in den folgenden zehn Jahren 850 Mio. Euro investiert werden sollen. 500 Mio. davon schießt das Land zu, 350 Mio. soll die Rhön AG aufbringen. Jetzt klagt die medizinische Geschäftsführung, dieses Geld reiche bei weitem nicht aus.

In den verfloßenen 3,5 Jahren wurden die Landesmittel nicht voll ausgeschöpft. Die Rhön AG konnte oder wollte ihren Anteil an den Kosten der Investitionen nicht aufbringen. Diese Behauptung passt überhaupt nicht zu anderen Aussa-

gen des Konzerns. Im vergangenen Jahr hat der Vorstand der AG seine Gewinnerwartungen bekannt gegeben: 110 Mio. Euro pro Jahr sollten für die Aktionäre verdient werden. Die einzelnen Kliniken wurden angewiesen, durch Sparmaßnahmen (Personal, Sachmittel, Investitionen usw.) zu dem erwünschten Profit beizutragen. Das UKGM ist das bei weitem größte Klinikum der Rhön AG. Viele andere Kliniken wurden vor einigen Jahren an den Fresenius Konzern verkauft. Der Milliarden-Ertrag wurde großzügig an die Aktionäre verteilt. Laut Zukunftsvertrag darf die Rhön AG keinen Gewinn aus dem UKGM entnehmen, sondern muss alle Überschüsse investieren. Die Finanzströme in einem

verschachtelten Konzern kann niemand genau kontrollieren. Wäre das UKGM nicht rentabel, dann hätte es die Eigentümerin längst dem Land zum Rückkauf angeboten.

„Die vornehmste und höchste Aufgabe der Universitätsmedizin ist die optimale Versorgung der Patientinnen und Patienten“ – das ist ein Zitat des Ärztlichen Geschäftsführers, Prof. Ardeschir Ghofrani, aus einem Pressegespräch. Für Ärzte und Pflegepersonal mag das gelten. Private Investoren haben aber ganz andere Interessen: *Money, Money, Money.* Gesundheitseinrichtungen gehören nicht in deren Hände, sondern in öffentliche oder gemeinnützige Verantwortung.

Gernot Linhart

30.000 Menschen in Frankfurt gegen Sozialabbau!



Demonstration am 27.9. in Frankfurt

Während die Beschäftigten den Reichtum dieser Gesellschaft erarbeiten, sollen sie für die Krise zahlen – mit schlechteren Arbeitsbedingungen, weniger sozialer Sicherheit und einer unsicheren Rente. Die Interessen von Arbeit und Kapital stehen sich hier unmittelbar gegenüber: Was den Profiten dient, wird als „Sparzwang“ verkauft – und bezahlt werden soll es von der Arbeiterklasse. Dagegen hilft kein Jammern, sondern organisierter Klassenkampf. Solidarität und Widerstand gegen Sozialabbau!

Kindeswohl darf nicht von der Haushaltslage abhängen

Das Wahlbündnis Gießen – sozial und friedensfähig (GSF) fordert eine verlässliche Finanzierung der Kinder- und Jugendhilfe

Der Kinderschutzbund Gießen warnte zum Weltkindertag davor, dass das Wohl von Kindern und Jugendlichen von der Haushaltslage abhängig gemacht wird. Diese Warnung muss auch die Gießener Kommunalpolitik ernst nehmen.

Die Stadt Gießen steht aktuell finanziell unter erheblichem Druck. Nach Angaben des Magistrats weist allein das Jugendamt im laufenden Jahr eine ungeplante Finanzlücke von rund 4,5 Mio. Euro auf. Gleichzeitig haben die notwendigen Hilfen für Kinder und Jugendliche mit inzwischen mehr als 30 Mio. Euro einen historischen Höchststand er-

reicht. Die Stadt begründet die Entwicklung unter anderem mit steigenden Fallzahlen und höheren Kosten der einzelnen Hilfen.

Steigende soziale Bedarfe sollten aber kein Grund sein, soziale Infrastruktur zurückzufahren – sie sind ein Auftrag, sie auszubauen und dauerhaft abzusichern.

Im Gießener Haushalt sind zahlreiche Leistungen für Kinder und Jugendliche verankert, darunter Jugendsozialarbeit, Kinder- und Jugendberufshilfe, die Zusammenarbeit mit Jugendverbänden, der Kinder- und Jugendschutz und die Jugendzentren. Gerade diese Angebote sind für eine soziale Stadt unverzichtbar. Prävention und Unterstützung dürfen nicht erst dann einsetzen, wenn Probleme eskaliert sind.

„Kinder und Jugendliche sind keine Kostenstelle, bei der man in schwierigen Zeiten den Rotstift ansetzt. Wer heute an Unterstützung, Beratung und Prävention spart, produziert morgen häufig höhere soziale und finanzielle Folgekosten.“

Das Wahlbündnis GSF fordert deshalb, die Kinder- und Jugendhilfe im Nachtragshaushalt abzusichern und notwendige Mehrbedarfe nicht durch Kürzungen bei anderen sozialen Angeboten auszugleichen.

Eine soziale Stadt muss sich daran messen lassen, wie sie mit denen umgeht, die Unterstützung brauchen. Das gilt insbesondere für Kinder und Jugendliche. Ihr Recht auf Schutz, Förderung und Teilhabe darf nicht von der Kassenlage abhängen.

ML

War Einstein Antisemit?



Wer den Zionismus und den Staat Israel mit Kolonialismus in Verbindung bringt, muss damit rechnen, als Antisemit gebrandmarkt zu werden. Vor hundert Jahren war es noch ganz normal, die Einwanderung von Juden nach Palästina ein koloniales Projekt zu nennen. „[...] Ich hege starkes Vertrauen in die erfreuliche Entwicklung der jüdischen Kolonie [...]“ ist ein Zitat von Albert Einstein, „Ich nehme warmen Anteil an den Angelegenheiten der neuen Kolonie in Palästina“ ein anderes.

Allerdings konnte Einstein sich nicht vorstellen, dass seine jüdischen Brüder und Schwestern bald dazu übergehen würden, die arabischen Einwohner des Gebietes zu unterdrücken und zu vertreiben. „Die Haltung zu unserer arabischen Minderheit ist der wahre Prüfstein unserer moralischen Standards [...]“ und „[...] Ich würde lieber eine vernünftige Übereinkunft mit den Arabern auf der Grundlage friedlichen Zusammenlebens sehen als die Erschaffung eines jüdischen Staates [...]“ zeigten seine Haltung.

Als dann der Staat gegründet und ihm die Präsidentschaft angeboten wurde, lehnte er ab. „[...] Wenn ich Präsident wäre, würde ich dem israelischen Volke manchmal Dinge sagen müssen, die sie nicht gerne hören würden [...]“ sagte er später.

Dass es in der Folge israelische Regierungsmitglieder geben könnte, die die Existenz von Palästinensern leugnen (Golda Meir, Außenministerin von 1956 bis 1966 und Ministerpräsidentin Israels von 1969 bis 1974: "Wer sind die Palästinenser!") oder lautstark deren Tötung und Vertreibung fordern, hätte er nie für möglich gehalten.

Gernot Linhart

Zitate aus „Einstein sagt“, Piper Verlag 2023

Warntag



Am Donnerstag, 10. September, heulten im Landkreis Gießen ab 11 Uhr die Sirenen zur Probe. Der sogenannte bundesweite „Warntag“ dient dazu, die technische Warninfrastruktur zu überprüfen, Schwachstellen zu erkennen und die Bevölkerung für Notfälle zu sensibilisieren. Neben den klassischen Sirenen kommt zur Probewarnung auch *Cell Broadcast* zum Einsatz, bei dem mittels des Mobilfunknetzes die Warnung direkt auf den Mobiltelefonen angezeigt wird, welche dann ebenfalls Alarmtöne von sich geben.

Im Zuge der allgemeinen Rüstungsanstrengungen und Kriegsvorbereitungen ergeben solche Übungstage natürlich Sinn. Hier kann schon einmal für den Katas-

trophnenfall geprobt werden, und die Leute gewöhnen sich schleichend daran. Bei weiterem Überlegen könnte man sich allerdings die Frage stellen, was dann im Ernstfall zu tun sei. Nennenswerte Einrichtungen zum Schutz der Zivilbevölkerung in einem Kriegsfall gibt es in Gießen nicht. Zivile Opfer zählen dann ja ohnehin als unvermeidbare Kollateralschäden. Im Fall der Fälle bleibt einem dann wohl nur das alte „Duck and Cover“ (siehe: [youtube.com/watch?v=Ge-mC5q6IXw](https://www.youtube.com/watch?v=Ge-mC5q6IXw)) unterm heimischen Küchentisch und die Bild-Zeitung über dem Kopf gegen Atomstrahlung, wie die Ratschläge von Zivil-, Katastrophenschutz und Kriegsmedizinern in den 50er-Jahren lauteten. Ma.La.

Berufsverbot gegen Ken Merten stoppen!



Das Ordnungsausschussamt Leipzig will dem Wachmann Ken Merten aufgrund seiner politischen

Überzeugungen die „gewerbliche Zuverlässigkeit“ entziehen und ihm damit faktisch die Weiterbeschäftigung im Bewachungsgewerbe verwehren. Ken hat unter anderem soziale Einrichtungen für Asylsuchende und Wohnungslose geschützt.

Begründet wird das Vorgehen mit seinem Engagement für die

DKP und früheren Aktivitäten in der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ). Grundlage sind Erkenntnisse des sogenannten Verfassungsschutzes.

Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP, erklärt: „Nun scheint es eine neue Welle von Berufsverboten gegen uns zu geben. Dafür spricht der Fall Ken Merten, aber auch die Wiedereinführung der Regelanfrage in verschiedenen Bundesländern. Das ist Teil des reaktionär-militaristischen Umbaus der Gesellschaft, das ist Teil der Kriegsvorbereitung.“

Unter [Change.org](https://www.change.org) könnt ihr Ken Merten in seinem Kampf gegen sein Berufsverbot unterstützen.

Leserbrief: Wieder mehr Berufsverbote?

Der Widerstand gegen die Kriegspolitik sowie den dazu gehörigen Sozialabbau zeigt Wirkung! – Der von Willy Brandt 1972 inszenierte "Radikalerlass" mit seinen unsäglichem Berufsverboten wird reaktiert.

Das ist für Gießen besonders interessant, da in den 70er und 80er Jahren hier die "Hochburg" der Berufsverbote war. Besonders Mitglieder der DKP, wie u.a. Axel

Brück und Egon Momberger waren betroffen. „Scharfsinnig“ und demagogisch zeigte sich der Studentenverband der CDU, der RCDS: Er argumentierte in einem Flugblatt, dass es keine Berufsverbote geben könnte, da man keine Berufe verbieten könnte. In einer gekonnten Rhetorik wies der damalige Juraprofessor und Staatsrechtler Dr. Helmut Ridder dies zurück.

Uwe Moldenhauer

Die Welt verändert sich – Europa nicht

Über 500 Jahre lang dominierte der sogenannte Westen die Welt. Die anderen Kontinente wurden ausgebeutet und wie Zitronen ausgepresst. Mit brutaler Gewalt wurden die Menschen dort unter die Knute des Kolonialismus gezwungen. Auf der Grundlage der Kolonialwirtschaft entwickelte sich der Kapitalismus. England löste Spanien als Weltmacht ab und herrschte bis zum Ersten Weltkrieg fast unangefochten. Ab 1945 übernahmen die USA endgültig die Führungsrolle. Nach dem Zusammenbruch der UdSSR 1990 schienen die USA die einzige Supermacht zu sein, und eine Welt unter ihrer ausschließlichen Herrschaft schien unausweichlich. Der US-Politologe Francis Fukuyama schrieb vom „Ende der Geschichte“ und dem „Endsieg des Kapitalismus“. Einer der klüge-

ren Denker des US-Imperialismus, Zbigniew Brzeziński, sah allerdings schon die aufziehenden Probleme für die Alleinherrschaft. China und Russland wurden als Haupttrivalen gesehen. Brzeziński ging es um die Frage, wie die Herrschaft der USA gesichert werden kann. Sie müssen es dazu laut Brzeziński schaffen, den eurasischen Kontinent politisch und ökonomisch zu beherrschen. Schon der Theoretiker des britischen Imperialismus, Halford Mackinder, hatte erkannt: Wer Eurasiens beherrscht, beherrscht die Welt. China ist offensichtlich im Verbund mit Russland dabei, die Frage nach der Herrschaft über Eurasien neu zu beantworten.

Der Niedergang der USA geht einher mit dem Niedergang Europas. Die USA sehen ihren Hauptgegner in China und stellen sich

offensiv ihrem Machtverlust entgegen. Europa sucht sein Heil wieder einmal an der „Ostfront“.

Vom 31.08. bis 01.09.2026 fand in Bischkek (Kirgisistan) der 26. Gipfel der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit statt. Und direkt im Anschluss, vom 01. bis 04.09., das 11. Eastern Economic Forum in Wladiwostok. Dort nahmen auch Japan – eine der größten Delegationen – und Indonesien teil, die traditionell Verbündete der USA sind. Japan hat die Zeichen der Zeit erkannt.

Die wichtigsten Länder Eurasiens trafen sich dort, um über die Umriss eines neuen Weltsystems zu reden. In den europäischen Medien war so gut wie nichts davon zu hören.

Henning Mächerle

Gaza, Libanon und Syrien: Phosphor und Glyphosat als Kriegswaffe

Bei ihrem Kampf gegen Palästinenser, Libanesen und Syrer setzt die israelische Armee das Herbizid Glyphosat und dessen Vorprodukt Weißer Phosphor ein. Bekanntlich ist Glyphosat ein Mittel, das alle Pflanzen abtötet. Beim Einsatz als Kampfmittel wird es in Konzentrationen verwendet, die bis zu 30mal höher sind als bei sachgemäßem Einsatz üblich. Die betroffenen Flächen sind für Jahre oder Jahrzehnte nicht mehr landwirtschaftlich nutzbar. Israel will damit an seinen Grenzen menschenleere Sicherheitszonen schaffen. Zur Vertreibung der Bewohner dienen Geschosse, die weißen Phosphor enthalten. Sie erzeugen bei der Explosion einen ätzenden weißen Nebel. Die Armee behauptet, sie würde Glyphosat und Phosphor nicht gegen Menschen einsetzen, diese würden vorher gewarnt. Die Warnung sieht so aus, dass die Bewohner auf verschiedenen Wegen dazu aufgefordert werden, die Gebiete sofort zu verlassen. Wem das rechtzeitig gelingt, der kann nicht damit rechnen, jemals wieder zurückkehren zu können. In den Medien der westlichen Staaten wird der Verstoß

gegen die Genfer Konvention durch solcherart chemische Kriegsführung kaum erwähnt.

Dass Phosphor und Glyphosat große militärische Bedeutung haben, geht aus einem Dekret des US-Präsidenten Trump hervor. Es trägt den Titel „Förderung der Landesverteidigung durch die Sicherstellung der ausreichenden Versorgung mit elementarem Phosphor und Herbiziden auf Glyphosat-Basis.“ Beim BAYER-Konzern, weltweit bedeutender Hersteller dieser Produkte,

löste dieses Dekret Begeisterung aus. Der Konzern bestreitet, die israelische Armee zu beliefern. Das wird auch stimmen – BAYER ist nur Produzent, für die Lieferung sind Zwischenhändler zuständig.

Gernot Linhart
Informationen aus „Stichwort BAYER“, Nr. 3/2026

Die Koordination gegen BAYER-Gefahren hat eine Aktion „Kampfstoff stoppen“ begonnen, Informationen unter www.CBGnetwork.org



Auf einen winzigen Teil des Gaza-Streifens zusammengepfercht harren Palästinenserinnen und Palästinenser aus, während Israel weiter mordet.

(Foto: © UNICEF/UNI927852/Eleyan)

Kuba im Würgegriff des US-Imperialismus

Am 03.01.2026 entführten die USA den gewählten Präsidenten Venezuelas Nicolás Maduro. Die beiden wichtigsten Öllieferanten Mexiko und Venezuela wurden gezwungen, sich an der Ölblockade der USA gegen Kuba zu beteiligen. Der Überfall auf die Insel blieb bis heute aus. Zu groß war wohl die Angst der US-Regierung, in einen Guerillakrieg auf der Insel verwickelt zu werden.

Stattdessen wurde die seit über 64 Jahren bestehende Blockade auf ein bisher nicht gekanntes Ausmaß gesteigert: Ausländische Unterstützer Kubas werden umfassend sanktioniert, vom kubanischen

Militär kontrollierte Wirtschaftsbe-
reiche werden ausgehungert, der Finanz- und Devisenzufluss wird weiter eingeschränkt. Metallindustrie, Bergbau, Bauwirtschaft erhalten so gut wie keine Ersatzteile mehr. Die Folgen sind katastrophal: weitgehender Zusammenbruch des Tourismus und damit verbunden ein Mangel an Devisen. Langanhaltende Stromausfälle, auch in Havanna. Weitgehender Zusammenbruch des Verkehrswesens (z. B. Benzinmangel, fehlende Ersatzteile, etc.). Die USA genehmigen allerdings geringe Privatimporte, was das staatliche Monopol für den Energiehandel

untergräbt. Es herrschen massiver Mangel im Gesundheitswesen und Probleme bei der Müllentsorgung. Das alles führt zur Ausbreitung von Krankheiten und einem Anstieg der Kindersterblichkeit.

China und Russland versuchen zu helfen. Aber es ist häufig ein Tropfen auf den heißen Stein. Im März erreichte noch ein russischer Tanker Kuba. Seither gibt es kaum mehr Öllieferungen. China liefert, wie Russland, Nahrung und Ersatzteile.

Es hilft besonders beim Umbau der Energieversorgung des ganzen Landes. Weg von fossilen Energieträgern, hin zur Solarenergie. Der kubanische Staat weitet den Privatsektor enorm aus. Private Banken werden zugelassen. Auslandskubaner dürfen investieren. Weite Bereiche der Wirtschaft werden für private Investitionen geöffnet. Aber der Staat und die kommunistische Partei behalten ihre dominierende Stellung. Allerdings ist die Lage auf Kuba so katastrophal, dass nur eine baldige Verbesserung der Versorgungslage den weiteren politischen Erosionsprozess aufhalten kann.

Henning Mächerle



Initiative „Unblock Cuba“ vor der US-Botschaft in Berlin vom 12. bis 19. Sep. und Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP, bei einer Rede bei dieser Veranstaltung. Siehe auch Artikel "Kuba ist nicht allein" aus der UZ vom 18.9.26: unsere-zeit.de/kuba-ist-nicht-allein-3-4818328

Krieg gegen den Iran

Die USA leben von dem Mythos ihrer absoluten militärischen Überlegenheit und der Funktion des Dollars als Weltwährung. Der Iran hat diesen militaristischen Mythos zerstört. Der Iran ist nicht kollabiert. Ihm gelingen erfolgreiche Angriffe auf US-Militärbasen in den arabischen Golfstaaten. Aber am wichtigsten: Iranische Truppen kontrollieren faktisch die Straße von Hormus. Das geschieht nicht durch militärische Überlegenheit – da kann der Iran mit den USA nicht mithalten – sondern durch die massive Verunsicherung der Schifffahrt. Die iranischen Streitkräfte müssen nur ab und zu strategisch wichtige Ziele treffen und Schiffe angreifen. Die USA besitzen zwar enorme militärische Überlegenheit, aber ihre Kräfte müssen auf die gesamte Region aufgeteilt werden, was logistische Probleme verursacht. Das muss alles bezahlt werden. Da kommt die Verschuldung der USA ins Spiel.

Die Staatsverschuldung beläuft sich aktuell auf über 40 Billionen Dollar. Die USA sind zu einem erheblichen Teil „bei sich selbst“ verschuldet – was zwar eine Implosion des Systems verhindert, den Dollar aber immer schwächer macht. Aber der Vertrauensverlust durch den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg auf den Iran und die Unfähigkeit der USA, ihre arabischen Verbündeten zu schützen, beschleunigt einen politischen Wandel. Die arabischen Staaten denken darüber nach, ob sie ohne die USA nicht sicherer sind und ob der Handel in Dollar wirklich so eine gute Idee ist, umso mehr, da die Konturen eines alternativen Finanzsystems immer mehr Gestalt annehmen.

Der missglückte Krieg gegen den Iran beschleunigt den Abstieg der USA und Europas weiter. Wir bezahlen das mit steigenden Preisen, Armut und Krieg.

Henning Mächerle

Gießener Echo



Hrsg.: Kreisorganisation der DKP Giessen; verantw.: Gernot Linhart, erscheint monatlich.

Bezugsgebühren: 30 Euro im Jahr (inkl. Versandkosten).

Konto (auch für Spenden):

Name: DKP Kreisorganisation, Giessen; **IBAN:**

DE72 5135 0025 0200 5491 46

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Redaktionskollektivs des Gießener Echos wieder.

Rückmeldungen, Anfragen und Leserbriefe an:

Gießener Echo / DKP Giessen
Postfach 110340, 35348 Giessen

oder E-Mail: giessen@dkp.de

Internet: www.giessen.dkp.de



Termine

Fragen oder Anmeldungen an giessen@dkp.de

Sa. 10.10. ab 10:30 Uhr:
Infostand DKP Gießen –
Kugelbrunnen

Fr. 16.10. ab 19 Uhr:
Stammtisch DKP GI –
Chamäleon, Reichensand 9

Mi. 21.10. um 19 Uhr:
Beratung zur Kriegsdienst-
verweigerung vom Friedensnetz-
werk im Rahmen der KriEWo –
Sudetenlandstr. 1



Fr. 23.10.:
Redaktionsschluss Nov.-Echo

Mi. 28.10. um 19 Uhr:
Gruppenabend / MV DKP
Gießen – Ort bitte erfragen

Do. 29.10. um 18 Uhr:
Kundgebung "Wir zahlen nicht
für eure Krise" – Rathausplatz



Sa. 7.11. ab 10:30 Uhr:
Infostand DKP Gießen –
Kugelbrunnen

Mo. 9.11. um 18 Uhr:
Mahngang zur Reichspogrom-
nacht – vor dem Rathaus



Aus 50 Jahren Gießener Echo

Vor **50 Jahren** konnten Gießener Jugendorganisationen im Jugendzentrum Kanzleiberg selbst Veranstaltungen organisieren. Zur bevorstehenden Bundestagswahl luden sie die kandidierenden Parteien zur Vorstellung und Diskussion ihrer Wahlprogramme ein. SPD, CDU und FDP sagten mit fadenscheinigen Begründungen ab. Nur die DKP kam. Walter Deeg diskutierte mit den Jugendlichen über seine jahrzehntelangen Erfahrungen in der Arbeiterbewegung.

Vor **40 Jahren** berichteten wir über Probleme bei drei mittelhessischen Metallbetrieben. Bei Minox wechselten sich Kurzarbeit und Überstunden ab, je nach Auftragslage. Bänninger vernichtet innerhalb von drei Jahren fast die Hälfte der Arbeitsplätze. Bei Buderus drohte im Zuge von Umorganisationen massiver Abbau von Arbeitsplätzen. Die hohen Gewinne in den Vorjahren waren auf den Konten der Unternehmer gelandet.

Vor **30 Jahren** zwang der Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV) die Stadtwerke, die Fahrpreise deutlich zu erhöhen. Viele frühere Vergünstigungen wie Kurzstreckenkarte,

Zehnerfahrtscheine und Umweltkarte passten nicht in das RMV-Tarifsystem und wurden abgeschafft.

Vor **20 Jahren** wurde ein erfolgreiches System zur Förderung von Hauptschülern eingestellt. In sogenannten Schub-Klassen wurden Schülerinnen und Schüler, die voraussichtlich den Abschluss nicht schaffen, speziell unterstützt. Das Projekt wurde beendet. Die Folgen – Abgänger ohne Hauptschulabschluss und damit ohne Chance auf einen Ausbildungsplatz – waren mit Sicherheit teurer als die eingesparten Beträge.

Vor **10 Jahren** beschloss der Magistrat eine Baumschutzsatzung, die ihren Namen nicht verdiente. Geschützt wurden dadurch nur einige Bäume auf Privatgelände. Die Stadt, die THM und die Universität konnten weiterhin die Kettensäge einsetzen, wenn ihnen sachgemäße Baumpflege zu teuer erschien. Vor dem Beschluss hatte die damalige Bürgermeisterin Weigel-Greulich eine breite Beteiligung der Bürger versprochen. Die Einwände von Naturschutzverbänden und Bürgerinitiativen fanden aber keine Berücksichtigung.

UZ – Sagen, was ist!



Unsere Zeit (UZ) ist die Zeitung der DKP und die einzige marxistische Wochenzeitung in unserem Land.

Gründe, UZ zu lesen:

- UZ ergreift Partei für demokratische und soziale Rechte.
- UZ ist Friedenszeitung.
- UZ mischt sich in Klassenkämpfe ein.
- UZ berichtet über Auseinandersetzungen vor Ort.
- UZ ist antifaschistisch.
- UZ verteidigt die Meinungsfreiheit.
- UZ steht an der Seite der revolutionären Jugend.
- UZ tritt für die Rechte der Frauen ein.
- UZ steht für internationale Solidarität.
- UZ entlarvt den Imperialismus.

6-Wochen-Abo der gedruckten und digitalen Ausgabe der Wochenzeitung „Unsere Zeit“ **gratis** zum Kennenlernen! Das 6-Wochen-Abo **endet automatisch**. Dabei entstehen keine weiteren Verpflichtungen.
Link: abo.unsere-zeit.de/6-wochen-uz-probeabo

Mach mit! Werde Mitglied in der **DKP oder **SDAJ****